

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffstetten und J. S. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Subd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Typogr.-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnlige Zeit-Beile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 8. October l. J.

(Mit einiger Ausweitung nach stenograph. Aufzeichnung.)

Meine Herren!

Ein hartes Wort ist am vorigen Sonntag in diesen Räumen gefallen. „Wer dem Socialismus huldigt“ — so ungefähr behauptete Herr Schulze-Delitsch — „wer dem Socialismus huldigt, der gehört ins Narrenhaus.“

Da nun, m. H., meine Gesinnungsgenossen und ich allerdings der socialistischen Richtung angehören, trotzdem aber nicht gesonnen sind, für Tollhausandidaten zu gelten, so gestatten Sie, daß ich vor Ihnen etwas näher auf die Sache eingehe.

Am besten wird es sein, wenn ich zunächst den Gedankengang, welcher dem Vortrag vom vorigen Sonntag zu Grunde lag, ganz kurz wiedergebe.

Herr Schulze-Delitsch ging von dem großen Siege aus, welchen die Sache der freien Arbeit in Nord-Amerika errungen hat. Er zeigte, wie die Arbeit früher in den Banden des Slaventhums und der Leibeigenschaft lag, und wie allmählich aus diesen Banden die Arbeit sich zur Freiheit herausgerungen; er wies darauf hin, daß diese Freiheit noch keine vollständige sei, indem dies erst nach Einführung der vollen Gewerbefreiheit der Fall sein werde, wonach Jeder das Recht hätte, unbeschränkt über seine Arbeitskräfte zu verfügen. Er knüpfte hieran den Hinweis, daß mit der volkswirtschaftlichen Freiheit der Arbeit auch die politische Freiheit des Arbeiters kommen müsse. Allein mit der politischen Freiheit, mit der allgemeinen Rechtsgleichheit sei auch die Sache erledigt. Eine sociale Gleichheit sei unmöglich, da die Natur selbst Unterschiede unter den Menschen gesetzt habe. Die Lage des Arbeiters nun, schon jetzt eine weit bessere wie früher, werde fortwährend mit der Entwicklung der Verhältnisse sich heben und insbesondere würden die Errungenschaften der Wissenschaft, vor allem die Vervollkommnung des Maschinenwesens, hierzu beitragen. Den Schluß des Ganzen bildete eine, nicht weiter hiehergehörige, politische Erörterung über die preussische Fortschrittspartei.

Meine Herren! Ich glaube, Sie Alle werden mir zugeben, daß es heute nicht meine Aufgabe sein kann, dem Schulze'schen Vortrage Schritt für Schritt zu folgen und jeden einzelnen Punkt desselben, den ich für unrichtig halte, zu widerlegen; dazu würde schon die Zeit nicht ausreichen sein. Was mir vielmehr obliegt, ist nur dies: die

Hauptpunkte, d. h. diejenigen, um welche sich die andern Punkte als nebensächliche gruppieren, herauszugreifen und sie mit Gründlichkeit und Gedankengenaugkeit zu widerlegen.

Wenn ich den Vortrag des Herrn Schulze überblende, so fällt mir vor Allem Eines auf: daß nämlich immer nur von „freier“ Arbeit die Rede ist. Allerdings könnte man sagen, daß der Vortrag unter diesem Titel angekündigt gewesen sei. Allein, m. H., dann würde ich eben am Titel denselben Anstoß nehmen wie am Inhalt; denn Sie Alle fühlen wohl, daß es für die große Arbeiterfrage nicht nur darauf ankommt, ob die Arbeit frei, d. h. der Form nach frei sei — nur von dieser Freiheit der Form nach kann, wie ich später zeigen werde, hier die Rede sein! — sondern daß noch eine andere Seite hier in Betracht kommt. Was für alle jene großen Bewegungen, die wir in jüngster Zeit in Deutschland beobachtet haben, für alle jene Arbeitseinstellungen zum Zweck der Lohnerhöhung, Leipzig voran, bestimmend war — ist es denn wirklich nur die Frage gewesen, ob die Arbeit frei sein solle oder nicht; oder lag nicht vielmehr noch ein Anderes zu Grunde? In der That, m. H., es handelt sich nicht allein darum, ob die Arbeit „frei“, es fragt sich auch, ob sie einträglich ist.

M. H.! Wenn wir uns fragen, welches denn das vernunftgemäße, das in der natürlichen Gerechtigkeit begründete Recht der Arbeit bei der Hervorbringung neuer Werthgegenstände sei, so müssen wir sicher erkennen: daß naturgemäß der Arbeit der durch sie geschaffene Werth zu Gute kommen müsse. M. H., ich sage nicht: der neu entstandene Gegenstand; denn allerdings kann in diesem neu entstandenen Gegenstande ein Werth stecken, welcher bereits vor der fraglichen Arbeit vorhanden war; ich sage nur: der durch eine bestimmte Arbeit neu entstandene Werth müßte demjenigen, der gearbeitet hat, zu Gute kommen. Nun wissen Sie aber Alle, daß dem durchaus nicht so ist: daß vielmehr der Arbeiter mit einem lärglichen Lohn abgefunden wird, während die durch seine Thätigkeit entstehenden neuen Werthe einem Andern, dem Unternehmer der Arbeit, zufallen. — Woher dieser Sachverhalt?

M. H.! Es handelt sich hier um eine Untersuchung, welche für unsere gesammte weitere Betrachtung von entscheidender Bedeutung ist, und Sie werden es daher natürlich finden, daß ich gerade hier mit besonderer Genauigkeit zu Werke gehe.

(Fortsetzung folgt.)

Politischer Theil.

Berlin, 10. October.

Die Trias-Idee in ihrer ursprünglichen Gestalt lief darauf hinaus, daß unser deutsches Vaterland bleibend in drei Theile, Oesterreich, Preußen

und einen Verband der Mittel- und Klein-Staaten gespalten werden sollte.

Diese vaterlandsverräterische Idee mittelstaatlich-particularistischer Fürstentheorie ist eine auf den ersten Blick schon so unhaltbare, Kleinliche und gekünstelte, daß sie, in unerbittlicher Nacktheit auftretend, die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur einigermaßen auf sich zu ziehen niemals vermocht hat.

Allein diese selbe Trias-Idee, schamhafter geworden, tritt jetzt in verhüllendem Gewande auf. Es ist dies dasselbe Gewand, welches auch das Großpreukenthum lange Zeit umging: man spricht nemlich davon, daß dieses Experiment nur ein Uebergangsstadium zur deutschen Einheit und Freiheit sein solle.

Ganz wie der Gothaismus! Denn bekanntlich predigte man zur Zeit der höchsten Begriffswirrung in Deutschland, zu jener Zeit nemlich, als in Berlin liberale Schwachköpfe am Ruder waren, welche glaubten, der „rocher de bronze“, der eberne Fels des preussischen Absolutismus, könnte durch einige papierne Spielereien zerbröckelt werden — bekanntlich predigte man damals durch das ganze deutsche Vaterland: man solle sich nur Preußen anschließen, dies sei ein Uebergangsstadium, aus Preußen werde das einige, freie Deutschland werden.

Das Großpreukenthum ist heute noch, was es immer war: das Streben, den preussisch-brandenburgischen Staat in Deutschland groß zu machen; nur daß heute die wahre Natur dieses preussischen Staates offen und faßbar zu Tage liegt und daher jeder erkennt: daß gegen den Willen des absoluten Königthums, gegen das „persönliche Regiment“ der preussischen Könige eine papierne Verfassung nicht aufkommen kann, daß, mit Einem Wort, dieses Königreich Preußen, so lange es überhaupt besteht, das alte absolute Preußen bleibt, und daß an diesem dauernden Sachverhalt nicht dadurch etwas geändert werden kann, daß zeitweilig liberale Hanswürsten ihre papierne Hanswürstencappe der Pöbelhaube überstülpen.

Hören wir übrigens nunmehr, wie die neueste „demokratische Trias-Idee“ empfohlen wird:*)

Man hat das Programm der Volkspartei, Coalition und Parlament der Mittelstaaten, eine Trias gezeichnet und dessen Ausführung für unmöglich erklärt. Die Trias ist die dreiföpfige Mißgeburt, von Professorenbüdel und Fürstendienerei im geschändeten Bette der Revolution gezeugt. Die Coalition der Mittelstaaten dagegen ist keine Trias (?); sie ist kein Endziel, sondern ein Anfangs- und Kern bilden, um den sich die übrigen Stämme gruppieren können.

Wo soll denn hier noch ein Unterschied sein zwischen den Gothaern und Euch „Demokraten“? Jene wollen sich an die preussische Regierung

*) In dem bereits erwähnten Separatdruck aus dem Stuttgarter „Beobachter“: „Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage von Ludwig Plan.“

werden, f
schreiten.
zwischen
scheint in
Journal
Frankfurt
Troy des
ein zweit
lassung de
basselbe n
es bestehe
in einer W
zu Berlin
nicht dav
es den fra
werden, u
19. August
erner wiss
neuen Ate
des früher
welche das
der Urkund
nige mit
daß man z
damit steh
hart nach
kaisers in
er müßig
berhaupt
ende Lage
keine Ne
änderth
an.
= Kont
che. Z
te der T
nnumeh
stellt. —
ung, dar
und Geor
rich Peopl
lagten un
re die Asi
ischen Pre
Polizei i
ung eines
pt.), in r
rds aufse
Martin
attes gefä
ist, was
Königl. r
einmal r
die Bickö
te der S
niedigen,
einstim
Königin!
ngernbes!
sollen d
bertete alte
— [Neu
Sept. T
die Sece
g der Sel
Fenier h
afkanische
ellündigt r
ruz vom
Macht zw
Coleros!
nen. Die
g zurückge
ng die S
ungsanleih
schert, daß
wäht sei, e
Vorl zu
-Vorl zu
Italie
ulunter
ung. G
Kurzem n
weimen, sei
heil entw
50,000
ren der A

Ihr wollt Euch an dreißig kleine Regierungen „anlehnen.“

Dieselben, hundertmal erörterten, auch von Euch betonten Gründe gegen das Erstere sprechen auch gegen das Zweite.

Die Reden vom „Uebergangsstadium“ hören wir da wie dort.

Ihr also werdet — und zwar mit Recht! — so gewiß die Sonne am Himmel steht, von Euren hohen Herren dieselben Fußstapfen bekommen, die von der preussischen Majestät Euern Vätern von Gotha wiederholt versezt wurden.

Aber fassen wir die Sache an ihrem Kernpunkt! Will man denn niemals die große Wahrheit erkennen: daß dieser dreißigfache Particularismus in Deutschland einer Anzahl ineinander greifender Räder gleicht, durch deren eines man indirect sämmtliche andere in Bewegung setzt. Werden preussischen Particularismus in Deutschland nähert, der muß indirect, weil er das demselben entgegenstehende Element im österreichischen Particularismus zur Opposition reizt, auch zur Stärkung dieses österreichischen Particularismus beitragen. Wer bairischen Particularismus zeigt, der reizt den württembergischen Particularismus u. s. f.

Dies angewandt auf unsern Fall ergibt: wer den mittel- und kleinstaatlichen Particularismus überhaupt nähert, der fordert den großstaatlichen (österreichischen und preussischen) Particularismus heraus.

Als Endergebnis stellt sich die Erkenntnis ein: daß über dieses dreißigfache Elend nur ein Element Herr werden kann, welches gänzlich außerhalb desselben und über demselben steht: — der deutsche Radicalismus.

Aber noch Eines, ehe wir schließen!

Fühlt Ihr denn nicht, Ihr neu-modischen Trias-Demokraten, daß Ihr, obzwar, was Particularismus betrifft, den traurigen Gothaern ganz gleich stehend, doch in einem Punkte noch tief unter ihnen steht?

Preußen ist doch wenigstens eine actionsfähige Macht — ein Staat, der mehr als einmal europäische Geschichte gemacht hat — das Staatsgewürfel aber, mit dem Ihr es probiren wollt, ist selbst wenn es den besten Willen hätte, schlechterdings actionsunfähig, zur unbedingten Ohnmacht mit innerer Nothwendigkeit verdammt.

Wer erkennen will, was die neueste „demokratische“ Triasidee auf sich hat, der lese nachstehende Ausfertigung des „Deutschen Wochenblattes“:

Die Consideration der Mittel- und Kleinstaaten kann nicht das Programm der Demokratie sein; aber es ist aus unseren Reihen heraus dem Tage gemäß (!) gemacht worden; es ist das letzte Anerbieten des deutschen Volkes an seine Fürsten.

Man warf unseren Rednern*) vor, daß sie (für den Ausschluß ganz verlassenen Augustenburger sprechend) gleichzeitig die legitimistische und republikanische Fahne trügen.

Ja, wir sind Republikaner; aber trotzdem ist unser Herz ein ehrliches. Noch einmal ist es den deutschen Fürsten gegeben, einen monarchischen Bundesstaat zu gründen. Wollen sie ihn, ohne oder gegen die Mächte, wir werden sie unterstützen und das Wort aufsetzen (!); wollen sie nicht, so haben sie ihre Thronnachfolge selbst erklärt. Die Gothaer werden sie nicht anerkennen, sondern am ersten günstigen Tage an Preußen überreichen.

Also die letzte Rettung für die deutschen Fürsten! Nein! Nein! Wir wollen keinen Compromiß mit den deutschen Fürsten, nicht darum sollen ja die Mächte des Volkes den Kampf mit den preussischen Majonetten beginnen, um einen „monarchischen Bundesstaat“, das alte Elend in neuer Form, herzustellen.

„Monarchischer Bundesstaat!“ Das nicht die ganze Nation wüthend wird bei diesem Wort!

Deutschland.

* Berlin, 10. Oct. [Zur äußeren Politik Preußens] erhält sich von verschiedenen achtenswerthen Seiten das Gerücht, daß ein inniges Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich, angesehenermaßen dieser beiden Mächte, ange-

bahnt werde. Daß dabei für Deutschland, wenn die Nation sich nicht rechtzeitig ermannt, nichts Gutes heraus kommen kann, ist selbstverständlich. Wie sich die Dinge aber auch zunächst gestalten mögen — wir haben ein zu großes Vertrauen auf die europäischen Bewegungselemente, als daß wir die Zukunft allzuschwarz sehen könnten.

— [Schlecht oder gut gekauft?] Wie die „Kreuzztg.“ mittheilt, ist in der durch einen starken Verlag von Ritter- und Räuberromanen bekannten Verlagsbuchhandlung von G. Basse in Quedlinburg eine Broschüre erschienen: „Lauenburg — Preussisch.“ Dieselbe weist nach: daß Preußen das Herzogthum um einen wohlfeilen Kaufpreis erworben habe. Der todtte Werth Lauenburgs betrage 6,298,600 Thlr., der lebendige, d. h. der nach dem wahren Werthe bemessene, 19,830,000 Thlr., zusammen in runder Summe 26 Millionen Thaler.

— [Das Buch „Armes Frankreich!“] von Rogeard, der bekanntlich vor Kurzem wegen dieses Buches aus Belgien ausgewiesen wurde, ist sowohl in Preußen wie in Sachsen verboten worden. Warum? Aus Gefälligkeit gegen den fremden Despoten oder wegen unangenehmer Ähnlichkeit der da beschriebenen Zustände mit den heimathlichen?

— [May] ist am Sonnabend in Altona angekommen, dort festlich empfangen worden und hat sofort die Redaktion der „Schleswig-Holstein. Ztg.“ wieder übernommen. Sollte der Recurs, welchen der Oberstaatsanwalt, sogar, wie man hört, telegraphisch wegen seines in Perleberg zurückgewiesenen Antrages auf weitere Gefangenhaltung May's einlegte, nachträglich für begründet erachtet werden, so steht Herr May also einer Wiederholung jenes militairischen Morgen-Besuches unverändert zu Gebote.

Wien, 9. Oct. [Zur Finanzverwaltung.] Sicherem Vernehmen nach steht ein „provisorisch-giltiges“ Decret bevor, welches die Staatsschulden-Commission aus denselben Mitgliedern neu ernannt. So wenigstens wird der „Frankf. Post-Ztg.“ von hier telegraphirt. Aber die Sache ist überhaupt sehr gleichgültig. Wer soll denn noch Vertrauen zu irgend welchen Einrichtungen eines Staates haben, dessen Kaiser ganz einfach sein eigenes feierliches Kaiserwort ohne Weiteres wieder zurücknimmt, wenn es ihm paßt!?

Ausland.

* Paris, 8. Oct. [Tagesbericht.] Fast klingt es wie Fabel und doch wird heute stärker als je behauptet, daß einerseits Oesterreich und Italien über Venetien, andererseits die Vereinigten Staaten und das Kaiserthum Mexiko über die Monroe-Doctrin sich zu verständigen im Begriffe stehen. — Der ultramontane „Monde“, der seit dem Zerwürfisse des Kaisers Max mit der römischen Curie so schlecht auf das neue Kaiserthum zu sprechen ist, wie er zuerst für dasselbe ins Feuer gegangen war, bringt die schrecklichsten Dinge über die mexikanischen Zustände. Es heißt da:

Ein aus Mexiko kommender ehrwürdiger Vater (1) entwirft uns ein klägliches Bild von der politischen und kirchlichen Lage dieses Landes und sieht nur einer trüben Zukunft entgegen. Die Unzufriedenheit über Maximilian I. ist allgemein —, da derselbe es sich angelegen sein zu lassen scheint, die Verirrungen des Juarez fortzusetzen. Selbst die französischen Officiere sagen, daß, wenn man zu diesem Punkte gelangen sollte, es nicht der Mühe werth gewesen wäre, einen so kostbaren und mörderischen Krieg zu führen. Der Tribune des Kaisers Maximilian besteht darin, daß er in einem wesentlichen katholischen Lande die liberalen Grundsätze Europa's einführen will. Was in Frankreich etwa noch erträglich sein mag, kann Mexiko nicht zulassen. Die Freimaurerlogen gedeihen dort vorzüglich und der Kaiser scheint sie zu begünstigen. Die Religion dagegen kauft und das indianische Volk erschaut darüber, daß ein Nachkomme Karl's V. dem Glauben seiner Väter so wenig treu ist. Der Strom der Emigration richtet sich indessen auf das reiche Land, dem Industrie und Ackerbau so nothwendig sind.

Also fogar Beschützer der Freimaurerei ist der Bruder des Kaisers von Oesterreich! — Die Correspondance Havas meldet aus Berlin vom 5. Oct.: In politischen Kreisen wird viel von dem herrlichen Empfange gesprochen, der dem Grafen Bismarck bei Herrn Drouyn de Lhuys zu Theil geworden. Die feudale Partei ist förmlich begeistert über den Erfolg des großen

Ministers — — — In Betreff Oesterreichs macht man sich in unserer politischen Welt keine Sorge mehr, da man zu gut weiß, daß es mit inneren Angelegenheiten zu viel zu thun hat, als daß es Preußens Bestrebungen ernstlich in den Weg treten könnte, und man geht noch ungleich weniger Besorgnisse vor den deutschen Mittelstaaten, seit man sich versichert hält, daß sie auf keine wirksame Stütze bei den Westmächten rechnen dürfen; das fürchtet man freilich, daß für diese ein neuer Bundesgenosse austreten könnte, nämlich Rußland. In der That, trotz der großen Zurückhaltung, die Rußland bisher in der Herzogthümer-Frage beobachtet hat, steht es außer Zweifel, daß Kaiser Gortschakow stets mit den Mächten dritter Classe in Beziehung blieb. Bei dem Wismuth, mit welchem Rußland Preußen zu Wasser und zu Lande an Stärke zunehmen sieht, ist es ganz natürlich, daß es den Versuch gemacht hat, den Mittelstaaten die Unterstützung anzubieten, die sie bei den Westmächten nicht fanden. Die Fabrik-Verbindungen des kaiserlichen Hauses mit den Höfen mehrerer Kleinstaaten bieten einen leichten Canal, um auf diese Höfe einzuwirken. Daß man in unseren politischen Kreisen einige Besorgnisse dieser Art hegt, steht außer Zweifel; auch wird versichert, daß die Mittelstaaten in der Herzogthümer-Frage einen Operationsplan entworfen haben, der sofort nach Wiederöffnung der Bundestags-Sitzungen in Scene gesetzt werden wird.

— Die „Gazette de France“ hat heute bereits die zweite Verwarnung erhalten. Die erste erhielt sie am Freitag, weil sie auf ein Communiqué geantwortet hatte; sie erklärte hierauf, daß sie von nun an nie mehr eine Bemerkung zu einem Communiqué geben werde; diese Bemerkung zog ihr die zweite Verwarnung zu, die in der ministeriellen Verordnung folgender Maßen motivirt wird: „In Erwägung, daß, wenn die Regierung die Befreiung der Communiqué's unter der Bedingung gestattet, daß man in den Schranken einer ernsthaften und loyalen Polemik bleibt, sie eine derartige Straflosigkeit bei den Verwarnungen nicht bewilligen kann, welche die Autorität einer abgeurtheilten Sache haben und bewahren müssen.“ — Der „Alsacien“ hat ebenfalls eine erste Verwarnung erhalten. — Der Prinz von Chimay hat den Director des Theater Francais auffordern lassen, in Zukunft „Madame Tallien“ nicht mehr zu geben. Madame Tallien war seine Großtante. Dieses erregt hier viele Heiterkeit.

London, 9. Oct. [Aus Asten und Amerika.] Reuter's Office hat Nachrichten aus Shanghai vom 4. September erhalten. In der westlichen Tartarei ist ein siegreicher Aufstand ausgebrochen; die Provinz It hat sich vom chinesischen Reiche losgerissen. Die Niensei-Insurgenten haben in drei Städten capitulirt; dem officiellen Bericht zufolge soll Obrist Burgervine ertrunken sein. — Aus Amerika wird berichtet: In einem Gerichtshofe zu Brooklyn bei New-York hat am 18. Sept. der erste Neger, der in Amerika je als Geschwornener zugelassen worden, auf der Jurybank gesessen. Den ganzen Tag saß der Schwarze da unter seinen weißen Kollegen, ohne daß irgend ein Einwand erhoben worden wäre. Wenige Tage vorher hatte Newhaven (Connecticut) einen ähnlichen Beweis geliefert, daß die sozialen Schranken zwischen den verschiedenfarbigen Rassen dem Falle entgegengehen. Die in der genannten Stadt bestehende Universität nahm den ersten jungen Neger als ihren Schüler auf. — Die Lage der befreiten Neger in den Staaten des Südens bessert sich, obwohl noch hier und da Streitigkeiten vorkommen.

Kopenhagen, 9. Oct. [Zur Verfassungsfrage.] In der heute stattgehabten Sitzung des Folkethings des Reichsraths ist der Staatsgrundgesetzentwurf in noch mehr veränderter Fassung wieder dem Landsibing überwiesen worden. Der Konseilspräsident erklärte, daß die Regierung dem so veränderten Entwurfe nicht beitreten könne.

* Italien. [Klöster. Parlamentsgebäude. Häbner und Bach. Zur Bewegung. Procession.] Der Minister des Cultus und der Justiz hat abermals die Nämning dreier Klöster, in Udina, Falserona und Acquaviva, veräußert und die Gebäulichkeiten den Gemeinden zu Schulzwecken überwiesen. Weitere Maßregeln dieser Art stehen noch bevor. — In Palazzo Vecchio und in den Uffizien ist man jetzt mit der Einrichtung der Lokalitäten für die beiden Häuser des Parlamentes so ziemlich zu Stande gekommen. Die Minister, Katoli, Jacini, Corelli und Cortesi ha-

*) Beim Abgeordnetentage.